

DEBATTE

GUDRUN KATTNIG

über die Anwesenheitspflicht
der Kinder in öffentlichen
Betreuungseinrichtungen*Mehr Eltern, weniger Staat*

Der pädagogische Auftrag kann nur erfüllt werden, wenn die Kinder bis 16 Uhr anwesend sind“, so Landeshauptmann Peter Kaiser. Die Wogen gehen hoch. Viele Eltern sind empört über die Anwesenheitspflicht ihrer Kinder in öffentlichen Betreuungseinrichtungen.

Österreich baut die Ganztagsbetreuung aus. 350 Millionen Euro sind dafür bereitgestellt. In Kärnten stehen 32 Millionen Euro zur Verfügung. Daraus ergeben sich ganz eigene Gesetzmäßigkeiten. Mitarbeiter werden angestellt und müssen bezahlt werden. Gebäude werden adaptiert und müssen erhalten werden. Das muss gerechtfertigt sein, also braucht man die Kinder. Wie soll man Ball spielen, wenn nur mehr drei statt 20 Kinder anwesend sind? Nun – man dürfte

erwarten, dass den Pädagogen und Pädagoginnen mit hoch qualifizierter Ausbildung etwas einfällt, um dieses Problem zu lösen. Die Frage muss erlaubt sein: Um wen oder was geht es hier eigentlich? Geht es um die Familien und die viel gerühmte Wahlfreiheit? Geht es um die Kinder? Fakt ist: Mit immens hohen Beträgen wird die familienexterne Betreuung gefördert – und dies zu fixen Rahmenbedingungen. Klar definiertes Ziel der neuen Landesregierung ist der massive Ausbau der Ganztagschule, die, wie der Name sagt,

„Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer institutionalisierten Kinderbetreuung muss der Bedarfsfall sein.“

den ganzen Tag dauern wird. Kinder sollen so früh und so lang wie möglich außerhalb der Familie betreut werden. Die Betreuungsquote der Null- (!) bis Dreijährigen soll zu 33 Prozent ausgebaut, der Ausbildungsstandard der Pädagogen auf akademisches Niveau gehoben werden.

Es ist gut, dass es die Möglichkeit einer institutionalisierten Kinderbetreuung gibt. Ja. Aber Voraussetzung für eine Inanspruchnahme muss der Bedarfsfall bleiben – und nicht umgekehrt.

Wie kommen Eltern dazu, zwangsverpflichtet ihre Kinder in einer Betreuungseinrichtung zu lassen, wenn ihre Kinder dies nicht wollen, gerne früher nach Hause möchten? Was, wenn Eltern ihre Kinder lieber selbst betreuen möchten? Worin besteht die viel gerühmte Wahlfreiheit? Landeshauptmann Peter Kaiser brachte in Gesprächen mit dem Katholischen Familienverband unmissverständlich zum Ausdruck, dass die finanzielle Gleichbehandlung der familieninternen und familienexternen Kinderbetreuung für ihn und seine Partei kein Thema ist. Das politische Klima und die derzeitige Vorgehensweise lassen zunehmend ein tiefes Misstrauen gegenüber Familien und deren Erziehungskompetenz erkennen. Viele Eltern sind empört. Zu Recht. Wir fordern: mehr Eltern – weniger Staat. Im Übrigen: Um pädagogisch wertvolle Arbeit zu leisten, sind nicht in erster Linie akademische Grade oder Hochschulabschlüsse notwendig – sondern Liebe und Herzensbildung.

Gudrun Kattinig ist Geschäftsführerin des Katholischen Familienverbandes Kärnten

SO DENKEN SIE DARÜBER

„Unsinnige Sanktionen“

Leser-Kritik: Die Sanktionen gegen Russland würden nur wirtschaftliche Nachteile bringen.

Während sich die EU-Bosse in immer mehr Sanktionen gegen Russland hineinsteigern, leidet unsere Wirtschaft, vor allem auch die österreichische Landwirtschaft und damit auch bald unser gesamtes Volk unter diesen unsinnigen Maßnahmen, die sich immer stärker zu einem Bumerang-Effekt entwickeln.

Hineingehetzt haben uns eigentlich die USA, die im Zuge ihrer Weltbeherrschungsallüren eine nicht durch demokratische Wahlen zustande gekommene ukrainische Regierung ohne Wenn und Aber hofiert – eine für Russland bewusst herbeigeführte Provokation!

Die EU macht fleißig mit, obwohl sie die Abwehrmaßnahmen Russlands am meisten treffen. Vor allem unser neutrales Österreich müsste den Mut haben, nein zu sagen zu diesen unsinnigen Maßnahmen. Russland hat unser Österreich in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer gut behandelt und auch unsere sich

dort niederlassende Firmen immer gerne aufgenommen. Gerade wir Österreicher wissen, was ungerechter Boykott bedeutet!

Von den Unruheherden in aller Welt profitiert eigentlich nur die amerikanische Waffenlobby – wir sollten keine „nützlichen Idioten“ und keine Handlanger dieser Waffenindustrie sein.

Klinken wir uns aus! Wir hatten bereits zwei Weltkriege – wir wollen den Frieden!

Franz Thaler, Villach

Gegenmaßnahmen drohen

Die bisherigen und neuen Sanktionen der EU haben bis dato keine Erfolge gezeigt. Vielmehr werden für Europa – eingeschlossen das neutrale Österreich – wirtschaftliche Nachteile und Gegenmaßnahmen von Putin erwartet. Es erscheint deshalb unverständlich, dass Bundeskanzler Faymann für die Sanktionen gestimmt hat und jetzt mit Putin darüber reden wird.

Für Faymann wäre es sinnvoller, sich um jenen Personenkreis in Österreich zu kümmern, der mit seinem monatlichen Einkommen nicht das Auslangen findet. Die ständigen Zuwanderungen von Ausländern, die den Steuerzahlern Unmengen von Geld kosten, wären ebenfalls ein wichtiges Thema der Bundesregierung. Bei der Reichensteuer, die von Faymann unter anderem verlangt wird, wäre es gerecht und notwendig, die hohen Einkommen der Führungskräfte der Banken und aller Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen mit den drei Präsidenten des Nationalrates einzubeziehen.

Rudolf Ofner,
Krumpendorf

LIEBE IST ...



... dein Kind in den Schlaf
zu lesen.

© TMSI/DISTR. BULLS